

Keine Kasernen in Mörfelden

Endlich handeln

Wie bekannt wurde, beabsichtigt der Bundesgrenzschutz, zwischen Mörfelden und Walldorf eine Niederlassung zu errichten. Dagegen erheben wir schärfsten Protest. In den Planungen des Innenministeriums ist der Bundesgrenzschutz nicht nur zum Grenz- und Objektschutz (z.B. auf dem Flughafen), vorgesehen. Er kann, im Rahmen der Notstandsgesetze, vor allem auch Polizeiaktionen gegen „oppositionelle Gruppierungen“ durchführen. Unvergessen ist das „Grenzschützer“-Manöver im Mörfelder Waldstadion. Hier „bekämpfte“ 1965 der Grenzschutz „demonstrierende, streikende Arbeiter“. Damals gab es Proteste der Gewerkschaften und vieler Organisationen.

Offensichtlich will das Innenministerium unter Ausnutzung der allgemeinen Terroristenhysterie, jetzt eine Grenzschutz-Kaserne im Zentrum der Industriearbeiterschaft errichten.

Wenige Kilometer von den Großbetrieben Opel, Farbwerke Hoechst und den Darmstädter und Frankfurter Betrieben wären die Grenzschutzsoldaten als Einschüchterungs- und Disziplinierungsfaktor jederzeit präsent.

Der DKP-Kreisvorstand fordert die Bevölkerung auf, wachsam zu sein. Er fordert schnelle und volle Offenlegung der Pläne. Die Bevölkerung muß wissen, was vorgeht. Wir brauchen keine Kaserne in Mörfelden-Walldorf.

Am 16. September 1977 forderten die DKP-Stadtverordneten in einem Antrag, die Einrichtung eines Kinderhortes in Mörfelden und Walldorf. Wenige Tage später verlangte die SPD-Fraktion in einem Antrag, das erst „geprüft“ werden solle, ob die Voraussetzungen für einen Hort vorhanden seien. Für die SPD war damit zunächst die Kuh vom Eis. Man hatte damit ja nicht „gegen“ einen Hort gestimmt.

Am 9. Januar 1978 forderten die DKP-Stadtverordneten in einem erneuten Antrag, die Einrichtung eines Kinderhortes. Und wieder kommt wenige Tage später der obligatorische SPD-Antrag, „man möge prüfen ... der Magistrat wird um Auskunft gebeten... welche Kosten“ usw. Ergebnis der Abstimmung: die DKP fällt mit ihrem konkreten Antrag hintenunter, der „Prüfungsantrag“ der SPD wird angenommen.

Nun könnte man natürlich fragen, was soll das? Prüfung im Herbst – Prüfung im Frühjahr – warum wird nicht gehandelt? Die Antwort ist einfach. Trotz enormer Neuverschuldung fehlt der Stadt hinten und vorne das Geld, um notwendige kommunale Einrichtungen zu finanzieren. Und da man einem DKP-Antrag halt nicht so einfach zustimmen kann – wird geprüft und geprüft und geprüft.

Die DKP-Fraktion wird ungeachtet aller Schwierigkeiten an der Sache dranbleiben. Wir fordern, daß in diesem Jahr wenigstens eine Übergangslösung geschaffen wird. Es wurde genug geprüft – jetzt sollte gehandelt werden. rh

Ein untragbarer Zustand

In Mörfelden hat sich vor einiger Zeit eine überparteiliche „Bürgerinitiative Kinderhort“ gebildet, deren Mitglieder sich mit großem persönlichen Einsatz für einen Kinderhort einsetzen.

In einem Brief an die Stadt fordert die Bürgerinitiative jetzt vor allem eine Übergangslösung, die bis zum September d.J. eingerichtet werden soll.

Die Bürgerinitiative schreibt u.a.:

„Wie uns bekannt ist, gibt es in

Mörfelden mindestens 24 Kinder von alleinstehenden Müttern oder Vätern und sozial schwachen Familien, bei denen die Eltern oder ein Elternteil zur Berufstätigkeit gezwungen sind. Der Umstand, daß Schulkinder tagsüber sich selbst überlassen sind, erscheint uns als untragbar. Wir meinen, daß eine Stadt in dieser Größenordnung einfach in der Lage sein muß, hier Abhilfe zu schaffen. Ferner sind uns Fälle bekannt, bei denen Mörfelder Bürger gezwungen waren, in andere Städte umzuziehen, in denen Kinderhorte bereits vorhanden sind.“

Wie gut, daß es nicht abgerissen wurde

Im alten Mörfelder Rathaus jetzt Therapeutikum und Sauna

Das alte Rathaus am Dalles, erbaut im Jahre 1880, hat einen neuen Verwendungszweck. Nachdem es lange Jahre leer stand, wurde es jetzt ein medizinisch-therapeutisches Zentrum.

Daß ein großer Bedarf für die neue Einrichtung besteht, ist mittlerweile bewiesen. Es herrscht starker Zustrom im „neuen“ alten Haus, das übereifrige junge Sozialdemokraten schon einmal abreißen wollten.

Heute gibt es dort: Sport-, Bindegewebs- und Unterwassermassagen, vielerlei Bäder (Stanger-, Vierzellen-; Überwärmungs-, Sauerstoff- und Kohlesäurebäder, medizinische Bäder) und Kneipp-Behandlung. Es werden Packungen verpaßt, Frakturen nachbehandelt, es gibt Streckbehandlungen, Elektrotherapie, Hoch- und Niederfrequenz, Exponentialströme, Mikrowellentherapie. Auch ein Gymnastikraum ist vorhanden. Zur Ausstattung gehört sogar ein Bewegungsbad, „obwohl Bewegungstherapie im Wasser eigentlich nur in Krankenhäusern durchgeführt wird“, wie Masseur Buchna bemerkte.

Mit dieser neuen Einrichtung für die gesundheitliche Für- und Vorsorge wurde, so Bürgermeister Brehl bei der Eröffnung, „ein sehr hoher Standard in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in der Doppelstadt erreicht“.

Stadtverordneter Heinz Hechler, der für die DKP gratulierte, überbrachte Mörfelder Bilder und „freute sich, daß dieses Haus nicht der Spitzhacke zum Opfer gefallen ist“.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Unerträgliche CDU-Demagogie

Die Vorschläge der CDU Mörfelden-Walldorf, eine Bürgerbefragung zur Fusion durchzuführen und die Fusion eventuell aufzuheben, sind ein Versuch, auf die Vergeßlichkeit der Bürger zu setzen. Es wird jetzt deutlich, die CDU wird einen skrupellosen und demagogischen Wahlkampf führen. Die Bürger aber, die die Ereignisse der letzten vier Jahre noch nicht vergessen haben, können nur den Kopf schütteln. Die Bürger, die gegen die Fusion waren und sind und die von CDU, SPD und FDP alleingelassen wurden, sollen die jetzt der CDU Glauben schenken?

Hier ein paar Tatsachen, die man nicht vergessen sollte:

1. Am 28. Februar 1974 stimmten die Stadtverordneten der Walldorfer CDU mit der SPD und FDP für die Fusion. Die Mörfelder CDU-Leute, die sich ausdrücklich für die Fusion aussprachen, stimmten dagegen, weil sie wegen dem

Fusions-Zeitpunkt Bedenken hatten. Gegen einen DKP-Antrag, vor der Fusion die Bürger zu befragen, stimmten alle CDU-Stadtverordneten.

2. Am 10. Juni 1975 stellte die DKP-Fraktion erneut einen Antrag auf Bürgerbefragung vor der Fusion. Die CDU stimmte wie die SPD und FDP dagegen.

3. Am 21. Juni 1977 steht der DKP-Antrag zur Fusions-Aufhebung auf der Tagesordnung des Stadtparlaments. Die CDU stimmte mit der SPD dagegen.

Jetzt, ein paar Monate später und ein paar Monate näher an der Landtagswahl, will die CDU und ihr Fraktionssprecher Jung, der ein ausgesprochener „Fusionsmacher“ war, „die Bürger befragen“. Das Ganze ist nichts anderes als eine widerwärtige Volksverdummungsaktion.

FVP 25.7.77

Jusos: Das alte Rathaus abreißen

... und ein Tages-Café bauen – Altentagesstätte im Rathaus

Mörfelden/Walldorf (em) — Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten beider Städte hat sich in einer Erklärung mit der Diskussion um die Nutzung des alten Rathauses befaßt und vorgeschlagen, das alte Rathaus abzureißen. Außerdem wird vorgeschlagen, ein Tagescafé an dieser Stelle zu errichten. Weiter solle eine Altentagesstätte im neuen Rathaus untergebracht werden. Denn Platz so haben dort noch vorhanden, um den Belangen der Stadt einen

das Ortszentrum sei in Verbindung mit den Grünanlagen ein natürlicher Treffpunkt. Das Sitzungszimmer sei ein angenehmer Raum mit einer interessanten Wandverkleidung und Teppichboden ausgestattet. Schließlich beste es für Mörfelden eine ganz ungewöhnliche

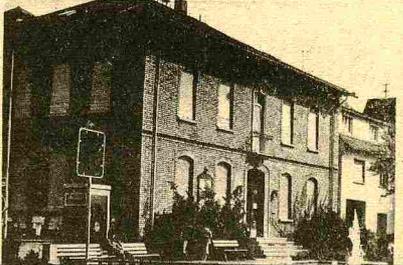
Jungsozialisten wollen das alte Mörfelder Rathaus schleifen

„Dem Abreiß-Eifer Einhalt gebieten“

Warnung vor Unverstand und Spitzhacke

Von unserem Redaktionsmitglied Reinhard Treber

MÖRFELDEN. In einer der letzten „Dämmerhuppen“-Veranstaltungen hatte sich Karl Knöchel engagiert für die Erhaltung der Altbauten in Mörfeldens Altstadt eingesetzt. Er sprach sich — nachdem schon etliche Veteranen dem Erdhoden gleichgemacht wurden — für eine behutsame Sanierung und weitere Belebung der Altstadt aus, warnte vor Unverstand und Spitzhacke. Gerade das Innenortsbild mit seinen gewachsenen Schwerpunkten sollte bewahrt, dem Bekenntnis zur Tradition dadurch Ausdruck verliehen werden.



FR 26.7.77

Die Mörfelder Bürger freuen sich, daß das Alte Rathaus erhalten blieb und einen vernünftigen Verwendungszweck erhielt. Vor einigen Jahren waren allerdings auch andere Pläne im Gespräch (siehe Zeitungsmeldungen vom Juli 1975). Die DKP-Mörfelden war von Anfang an für den Erhalt des Gebäudes, sie setzte sich auch mit einem Antrag (am 14.3.74) dafür ein. Wir sind froh, daß dieser städtische Mittelpunkt neu belebt wurde.

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Unter diesem Titel lief vor einigen Jahren mit Erfolg eine Fernsehserie, die die Zuschauer warnte vor Leuten mit unlauteren Methoden.

So könnte man aber auch die CDU-Kommunalpolitiker unserer Stadt titulieren, wenn man ihre Aktivitäten im Jahre der Landtagswahlen näher beleuchtet.

Landtagswahl in Sicht — die CDU wird zum Fusionsgegner

Da wird von der Mörfelder DKP im Kampf gegen den Umlandverband vor Jahren die Befragung der Bürger verlangt. Ebenso verlangen die Mörfelder Kommunisten im Zusammenhang der, von den Bürgern ungeliebten Fusion, eine Bürgerbefragung durchzuführen.

Die Vertreter der CDU schreien aber lauthals das käme nicht in Frage, wir hätten ja eine repräsentative Demokratie. Heute aber fordert die CDU, im Angesicht der Landtagswahlen, in Mörfelden und Walldorf eine Bürgerbefragung zur Fusion.

Landtagswahl in Sicht — die CDU ist gegen Gebührenerhöhungen

Jahrelang fordert die CDU am lautstärksten kostendeckende Gebühren, d.h. Erhöhung der Gebühren. Bei der Etatberatung für das Jahr 1974 sagte der heutige CDU-Stadtrat Peez: „Es ist zu empfehlen, die Gebührenhaushalte zu untersuchen“ und meinte bestimmt damit keine Senkung der Gebühren. 1975 schrieb die CDU als Begründung in einem ihrer Anträge: „Im übrigen muß an dieser Stelle an die verfehlte Gebührenpolitik unserer Stadt verwiesen werden.“ Und meint an anderer Stelle, daß die verfehlte Gebührenpolitik Grund für das Defizit im Stadtsäckel sei.

Heute aber, ein halbes Jahr vor der Landtagswahl, tritt sie plötzlich gegen Gebührenerhöhungen auf. Nur ernst meint sie es damit nicht. Dies war festzustellen bei der Behandlung eines DKP-Antrages, der die Neufestlegung der Kanalbenutzungsgebühren in Mörfelden und Walldorf verlangte. Gemäß dem Antrag sollte bei der Berechnung der Jahresgebühren zweimal der Verbrauch des Winterhalbjahres zu Grunde gelegt werden. Hiermit sollten die nicht noch bestraft werden, die im Sommer Gärten, Sträucher und Bäume vor dem Austrocknen bewahren. Hierbei hätte die CDU-Fraktion den Beweis

antreten können, daß sie auf Seiten der Bürger steht. Aber es war wohl nicht anders zu erwarten, daß sie einen solchen Antrag, gemeinsam mit der SPD, ablehnt.

Landtagswahl in Sicht — die CDU will „Miramar“ in Mörfelden

Walldorf hat bei kommunalen Einrichtungen einen gewissen Nachholbedarf und es soll dort eine neue Sporthalle entstehen. Gegen diese Sporthalle macht aber die CDU Front und verlangt per Antrag in Mörfelden-Walldorf ein Freizeit- und Gesundheitszentrum ähnlich wie das Miramar in Weinheim. Zur Realisierung eines solchen Projektes empfiehlt sie für den Betrieb einen Privatunternehmer und meint, daß nach den vorliegenden Erfahrungen bei einer solchen Anlage keine Defizite zu erwarten seien. Ihre Haltung hierbei begründet sie damit, daß sie in Walldorf eine Umfrage unter der Bevölkerung durchgeführt habe und sich die Mehrzahl der Bürger für ein Hallenbad ausgesprochen hätte. Die Großsporthalle aber nur bei 14 von 600 Einsendungen gestanden hätte. Hierzu ist wiederum

zu sagen, daß die Befragung sehr fragwürdig erscheint, was der Eingang von nur 600 Einsendungen von insgesamt 6.000 Befragungen zeigen dürfte. Es ist anzunehmen, daß die Einsender in erster Linie CDU-Mitglieder waren, die die im voraus bekannte Meinung der CDU zu diesem Thema bereits kannten.

Notwendig ist ein Hallenbad mit sozialen Preisen

Was wir wirklich benötigen, ist ein Hallenbad für Mörfelden und Walldorf in städtischer Hand mit sozialen Preisen, etwa 1,50 DM pro Person und nicht wie in einem Bad a la Miramar mit einem Eintrittspreis von 15 DM. Bei einem städtischen Hallenbad kann eine vierköpfige Familie jede Woche einen Hallenbadbesuch einplanen, hat damit im Höchstfalle 6,- DM zu bezahlen, wo hingegen bei dem Besuch eines Exklusiv-Bades nach CDU-Vorstellungen etwa 60 DM zu berappen wären.

Die wahre Haltung der CDU in dieser Frage zeigte sich auch bei der Abstimmung über einen DKP-Antrag. Mittel im Finanzplan zum Bau eines Hallenbades einzuplanen. Gegen diesen Antrag stimmte die CDU gemeinsam mit der SPD.

Die DKP-Fraktion stellte klipp und klar fest, daß es unredlich ist, einen Teil der Bevölkerung gegen einen anderen auszuspielen, so wie es die CDU im Falle Sporthalle getan hat. Es bleibt zu hoffen, daß die Bevölkerung dieses Spiel durchschaut und der Dregger-Partei nicht auf den Leim geht.

Empörende Diätenerhöhung im hessischen Landtag

Nachdem sich die Abgeordneten der Landtage von Bayern und Niedersachsen ihre „Diäten“ mehr als verdoppelt, hat jetzt auch im hessischen Landtag eine Debatte darüber begonnen, welche Höhe die „Gehaltserhöhung“ haben soll, die sich die Abgeordneten genehmigen wollen.

Während bei den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen die Arbeiter und Angestellten mit Angeboten von 3,5 Prozent Lohn- und Gehaltssteigerung abgespeist werden sollen, während man überlegt, wie man die Rentner zur Kasse bitten kann, wollen die drei Parteien im Landtag wieder kräftig zulanzen.

Mit 5.000 DM Grundeinkommen (steuerpflichtig und 3.500 DM Aufwendungspauschale

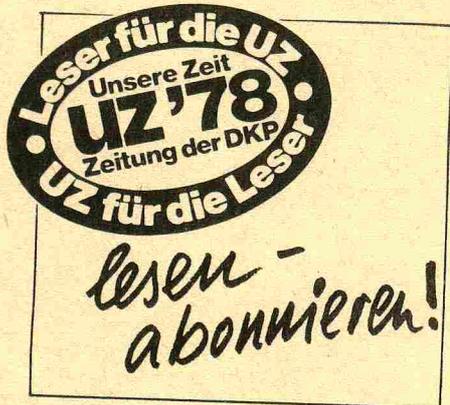
Mit 5.000 DM Grundeinkommen (steuerpflichtig) und 3.500 DM Aufwendungspauschale (steuerfrei) wird ein Landtagsabgeordneter auch künftig über ein lukratives Einkommen verfügen.

Stellt man dem das Einkommen eines durchschnittlichen Facharbeiters der Lohngruppe 8, Steuerklasse 4/2 gegenüber, der heute mit 1659,07 DM brutto nach Hause geht und dabei ein reales Nettoeinkommen von 1138,25

DM hat, so wird die ungeheure Kluft sichtbar, die zwischen den sogenannten Volksvertretern und ihren Wählern vorhanden ist.

Enthüllend und empörend ist, daß ausgerechnet die Wiesbadener Parteivertreter, die immer wieder —entsprechend dem Bonner Vorbild — zum Maßhalten aufrufen, für die Erhöhung ihrer eigenen Bezüge ohne Hemmungen eintreten. Auch die Begründung, man müsse eine Neuregelung der Diäten durchführen, um endlich alle „Extras“ abzubauen, verschleiert nur schlecht die tatsächliche Erhöhung der Bezüge.

Daß die CDU das bayerische Modell der Diätenerhöhung für Hessen vorschlägt, zeigt, daß sie noch rigoroser und gewinnsüchtiger auftritt, als die gewiß nicht pingelige SPD/FDP-Koalition. Die DKP tritt für eine Maßhaltspolitik in Sachen Diäten in allen Parlamenten ein und fordert den Landtag auf, entsprechend zu handeln.



BLICKPUNKT KOMMUNAL



Die DKP-Fraktion beantragt:

Organisatorische Veränderung im Bürgerhaus Mörfelden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, im Bürgerhaus Mörfelden ein bis zwei Räume aus der Bürgerhauskonzession herauszunehmen.

BEGRÜNDUNG:

Durch eine solche Maßnahme könnten z.B. in Clubräumen oder im Gesellschaftssaal, Feiern von Vereinen, Clubs, Parteien oder Familien stattfinden, bei denen sich die Veranstalter mit Speisen und Getränken selbst versorgen können (ähnlich wie in der Stadthalle Walldorf).
Die Möglichkeit, z.B. Getränke beim Pächter des Bürgerhauses zu erwerben, wäre dabei nach wie vor gegeben.
Mit einer solchen Veränderung ist zweifellos das Vereinsleben zu fördern, größere Familienfeiern könnten preiswerter organisiert werden, eine engere Bindung ans Bürgerhaus würde erreicht.

Dieser DKP-Antrag wurde von einer Mehrheit abgelehnt.

Verbraucherberatung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, in Mörfelden-Walldorf eine Verbraucherberatungsstelle einzurichten. Er setzt sich zu diesem Zweck mit der „Verbraucher-Zentrale Hessen e.V.“ in Verbindung.

BEGRÜNDUNG:

Mit der Einrichtung einer Verbraucherzentrale könnte unseren Bürgern, wie in zahlrei-

chen anderen Städten, die Erfahrungen der „Verbraucher-Zentrale Hessen e.V.“ nutzbar gemacht werden.

Zum Käuferservice dieser Organisation gehören:

Kostenlose Informations-Broschüren, die Ergebnisse der Stiftung Waretest und persönliche Beratung.

Die Einrichtung von Verbraucherzentralen in Hessen wird hauptsächlich durch Mittel des hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik finanziert.

Dieser DKP-Antrag wurde von einer Mehrheit angenommen.

Errichtung von Toilettenanlagen in den Bahnhöfen Mörfelden und Walldorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf setzt sich bei der Deutschen Bundesbahn dafür ein, daß in beiden Bahnhöfen Toilettenanlagen für Fahrgäste errichtet werden.

BEGRÜNDUNG:

In Walldorf berichteten uns Anwohner des Bahnhofes, daß es hin und wieder vorkommt, daß Fahrgäste der DB die Bitte äußern, die Privattoilette benutzen zu dürfen. Am Mörfelder Bahnhof ist bei geschlossener Gaststätte ebenfalls keine Toilettenanlage erreichbar.

Dieser DKP-Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Bau eines Hallenbades

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Finanzplan Mittel zum Bau eines Hallenbades eingesetzt werden können. Er setzt sich dazu mit den zuständigen Stellen des Landes und des Bundes in Verbindung.

BEGRÜNDUNG:

Es ist zwar erfreulich, daß es seit einiger Zeit kostenlose Busverbindungen in die benachbarten Hallenbäder gibt, dies ist jedoch auf die Dauer keine Lösung. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung kann von diesem Angebot Gebrauch machen. Viele Berufstätige, Schichtarbeiter, Schüler und ältere Bürger können diese Gelegenheit aus verschiedenen Gründen nicht wahrnehmen.
Schwimm-Frei- und Hallenbäder sind geeignete Plätze der Erholung und Gesunderhaltung unserer Bevölkerung. Eine ganz besondere Bedeutung würde in Mörfelden-Walldorf die Errichtung eines Hallenbades neben der Gesamtschule erhalten. Schwimmen könnte in das Programm des Schulsports aufgenommen werden.
Gerade wegen der großen Bedeutung für die Erholung und Gesundheit unserer Bevölkerung sollte die Stadt Mörfelden-Walldorf keine Möglichkeit auslassen, um entsprechende Zuwendungen von Land und Bund zu erhalten.

Dieser DKP-Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt.

Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Faschismus im Stadtteil Walldorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Stadtteil Walldorf wird an geeigneter Stelle bis zum 10. November 1978 eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus errichtet.

BEGRÜNDUNG:

Am 10. November 1978 jährt sich zum 40. Mal die sogenannte „Kristallnacht“ Mit der „Kristallnacht“ begann der Höhepunkt der Judenverfolgung im „Dritten Reich“, an deren Ende es sechs Millionen ermordete Juden gab. Der 10. November 1978 scheint uns ein geeigneter Termin zu sein, um in Walldorf eine Gedenkstätte für die Opfer des Nazismus und die antifaschistischen Kämpfer zu errichten. Die Antwort des Magistrats auf unsere Anfrage vom 23. November 1977, die ehemalige Stadtverordnetenversammlung von Walldorf sei der Ansicht gewesen, der in Walldorf vorhandene Gedenkstein für die Opfer des zweiten Weltkrieges sei ausreichend, können wir nicht billigen.

Mit einem vorhandenen Gedenkstein für die Opfer des Krieges wird im übrigen nicht jener Antifaschisten gedacht, die, weil sie vor diesem Krieg warnten, vorher schon ermordet wurden.

Gerade in einer Zeit, wo eine erschreckende Hitlerwelle durchs Land geht, wo faschistische Filme, Schallplatten und Druckerzeugnisse den Markt überschwemmen, wo junge Offiziere fiktive Judenverbrennungen vornehmen, wo auch bei uns junge Menschen Nazilieder grölen, weil sie gar nicht mehr wissen, was im „Dritten Reich“ geschehen ist, sollte man ein solches Zeichen setzen.

Wir sollten endlich lernen, auf diejenigen stolz zu sein, die unbeirrbar gegen den Faschismus gekämpft haben, und wir sollten diejenigen verachten, die seine willigen Diener oder gar seine Hintermänner und Drahtzieher waren.

Unsere Vorschläge zur Realisierung dieses Antrages werden wir in der Ausschußdiskussion vortragen.

Dieser DKP-Antrag wurde von der Mehrheit der Stadtverordneten angenommen.

Anfrage Lindenstraße in Mörfelden

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Renovierungen in den städtischen Wohnungen und an den Außenanlagen in der Lindenstraße wurden seit dem Frühjahr 1977 durchgeführt?
2. Wie groß ist der Anteil, der für die Häuser in der Lindenstraße vorgesehen ist, von den insgesamt 120.000,— DM, die im Vermögenshaushalt 1978 für Renovierung städtischer Häuser eingesetzt sind?
3. Welche Maßnahmen sollen hiermit speziell im Bereich Lindenstraße durchgeführt werden?
4. Wie steht der Magistrat zu den acht Vorschlägen, die die DKP-Fraktion in einem Brief vom 11. Mai 1977 unterbreitet hat?
5. Welche Punkte konnten bereits erledigt werden und welche können eventuell mit dem Haushaltsansatz durchgeführt werden?

Errichtung eines Jugendzentrums in Walldorf

Die Stadtverordneten mögen beschließen: Im Stadtteil Walldorf wird ein Jugendzentrum errichtet, das von den Räumlichkeiten her größer ist als das bestehende und das den Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeit garantiert.

Wir schlagen vor, ein erweiterungsfähiges Jugendzentrum in Plattenbauweise zu errichten, dessen erster Bauabschnitt schnellstens zu beziehen ist.

Im Haushaltsplan 1978 sind die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

BEGRÜNDUNG:

Das Jugendzentrum ist zu klein. Darüber sind sich alle Stadtverordneten im klaren. Das jetzt bestehende Jugendzentrum steht in keiner Weise im Verhältnis von Einwohnerzahl und den in Walldorf lebenden Jugendlichen. Es gewährleistet keine Jugendarbeit, die die Jugendlichen nach ihren Interessen und Fähigkeiten entwickelt und fördert. Es gewährleistet nicht, junge Menschen zu kritischen Mitbürgern zu erziehen.

In Walldorf braucht die Jugend ein Zentrum, das den Bedürfnissen nach Kommunikation, Spiel und Erholung, Unterhaltung und sinnvoller Freizeitgestaltung befriedigt. Daher muß ein neues Jugendzentrum größer sein als das jetzt bestehende, um erst einmal die Voraussetzungen für die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeitlebens zu gewährleisten. Gleichzeitig aber könnte in dem jetzt bestehenden Jugendzentrum ein Kinderhort oder Kindergarten eingerichtet werden. Gerade in der jetzigen Situation ist es mehr denn je erforderlich, daß die Jugend eine Heimstätte erhält, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenabbau, wachsende Kriminalität und Drogensucht kennzeichnen die Lage der jungen Generation im Bundesgebiet, aber auch hier am Ort.

Gerade in dieser Situation müssen wir den Jugendlichen Rechnung tragen und deswegen muß in Walldorf ein neues Jugendzentrum errichtet werden.

Dieses neue Jugendzentrum muß zusammen mit der Stadtjugendpflege, den Jugendlichen und ihren Organisationen und Vereinen geplant werden.

Die Jugend von Walldorf hat ein Recht auf ein neues und größeres Jugendzentrum!

Dieser DKP-Antrag wurde von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt.

Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, ... das mußte in den „blickpunkt“ — und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr“ Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab — mit Namen oder ohne Namen — ganz, wie Sie es wünschen.

Jetzt ein Zeichen setzen

Auf einer Mörfelder Gemeindevertreterversammlung am 28.2.1967 wurde beschlossen, die Thälmann-Straße in Feldstraße umzubenennen. Der damalige Bürgermeister Kurt Bachmann betonte, daß dies „eine reine Sachentscheidung“ gewesen sei und versicherte: „In der nächsten Legislaturperiode werden wieder Straßenbenennungen notwendig sein. Ich werde dann der neuen Gemeindevertretung den Vorschlag machen, wieder eine Thälmannstraße in Mörfelden zu benennen.“ Der inzwischen verstorbene langjährige KPD-Kommunalpolitiker Karl Hardt schrieb damals einen „Offenen Brief“ an die Mitglieder der SPD-Mörfelden, der in vielen Punkten heute noch aktuell ist und aus dem wir einige Passagen veröffentlichen.

„Liebe Genossen, ich glaube, diese Anrede gebrauchen zu dürfen, bin ich doch selbst seit meiner Jugend mit Arbeiterorganisationen fest verbunden. Vor 1933 und von 1945 bis 1956 gehörte ich der KPD — Fraktion des Gemeinderates Mörfelden an.

Zurückblickend glaube ich sagen zu können, daß gerade die Jahre nach 1945/46 entscheidend waren für die demokratische Entwicklung unseres Landes. Damals war es auch, als wir in Mörfelden auf Initiative des DGB-Ortskartells eine Straße nach W.-Leuschner und eine Straße nach Ernst Thälmann benannten. Die Thälmannstraße ist nun auch der Anlaß meines Offenen Briefes, denn sie würde nach einem Beschluß des Gemeinderates vom 28.2.1967 in Feldstraße umbenannt. Ich glaube heute mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die Mörfelder Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten von 1945 nicht im Traum daran gedacht hätten, daß man diese Straßennamen noch einmal ändern könnte.

Erinnern wir uns: Mit Ernst Thälmann und Wilhelm Leuschner ehrten wir stellvertretend die Hunderttausende Sozialdemokraten und Kommunisten, die von den Faschisten ermordet wurden, mit Ernst Thälmann und Wilhelm Leuschner ehrten wir auch jene Mörfelder Arbeiter, die in Hitlers Zuchthäusern und Konzentrationslagern zusammen mehr als 50 Jahre ihres Lebens verloren. Ernst Thälmann, der Hafenarbeiter und Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutsch-

lands wurde am 18. August 1944 im KZ Buchenwald hinterrücks erschossen. Die Nazis konnten ihn nicht zerbrechen — er starb ungebeugt.

Nun aber werden im Zeichen des Antikommunismus Arbeitertraditionen abgebaut. Hervorragende Arbeiterführer der Vergangenheit sollen aus dem Gedächtnis verschwinden.

Mir scheint, dies ist ein gefährlicher Schritt, denn damit werden gleichzeitig die Rechtstendenzen gefördert.

Noch lebt die Erinnerung an Wilhelm Leuschner und Ernst Thälmann. Bewahren wir diese Erinnerung und lernen wir aus den Erfahrungen jener Genossen, die Hitler ermorden ließ.

Rudolf Breitscheid, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, wie Thälmann im KZ Buchenwald umgekommen, schreibt 1937 in „Das Freie Deutschland“:

„Die Überzeugung sollte in uns allen leben, daß, sei es nach Übergängen, das dritte Reich nur durch die Machtergreifung der die Wiederherstellung der demokratischen Freiheit verbürgenden Sozialismus abzulösen ist. Die Überzeugung und der Wille! Dieses Ziel aber ist nur zu erreichen, wenn die Arbeiterparteien einig und geschlossen sind und nicht wieder wie 1918 Proletarier gegen Proletarier stehen.“

Ich glaube, dies gilt auch noch 1967. Meine Empfehlung deshalb an alle Gemeinderatsmitglieder der SPD in Mörfelden: Macht die Umbenennung rückgängig! Wehret den Anfängen!“



Pressestimmen aus dem Jahre 1967. Heute, elf Jahre danach, besteht die Möglichkeit, das Versprechen „wieder eine Thälmannstraße zu benennen“ einzulösen. Die Straßen im Baugebiet „Steinweg-Nord“ werden für viele Jahre die letzten sein, die einen Namen erhalten müssen.

Da gibt es nichts zu verhandeln!

Mörfelden darf keine Garnisonsstadt werden

Nach einiger Geheimniskrämerei wurde die Sache im Bauausschuß am 26. Januar 1978 öffentlich diskutiert. Das Innenministerium sucht in unserer Gegend 20 Hektar Gelände, um eine 700 Mann starke „Sicherungseinheit“ samt Familien unterzubringen.

Bei der Abstimmung beauftragte eine Mehrheit von vier Stadtverordneten der CDU und zwei SPD-Vertreter den Magistrat, weitere Verhandlungen mit dem Innenministerium zu führen. Drei Stadtverordnete enthielten sich der Stimme. Vier Sozialdemokraten und der DKP-Vertreter im Bauausschuß stimmten gegen die Ansiedlung einer Grenzschutzgarnison.

Mit diesem Beitrag möchten wir die Argumente der DKP zusammenfassen. Wir hoffen, daß vor allem die SPD-Stadtverordneten, die durch ihr Abstimmungsverhalten ein „Weiterverhandeln“ ermöglichten, ihre künftige und endgültige Entscheidung genau überprüfen.

Der DKP-Vertreter im Bauausschuß sagte es deutlich: „Wenn der Bürgermeister heute beauftragt wird, weitere Verhandlungen zu führen, dann erweckt das den Anschein, die Mörfelder wären an der Grenzschutzansiedlung interessiert. Die DKP-Mörfelder ist jedenfalls entschieden gegen jede weitere Verhandlungen mit dem Bundesgrenzschutz.“ Unsere Gründe: 700 Mann mit Familien, das bedeutet zirka 2.000 Menschen mehr in unserem Ballungsgebiet; das bedeutet zirka 600 Kinder mehr für Kindergärten und Schulen; das bedeutet über Nacht zirka 700 Privatwagen mehr; das bedeutet Verkehrsbelastung durch Mannschaftsfahrzeuge; das bedeutet Ausverkauf wertvollen Geländes für militärische Zwecke.

Darüber hinaus gibt es viele politische Gründe, die gegen eine Grenzschutzansiedlung sprechen.

Mit dem „Grundgesetz“ auf Kriegsfuß

Die paramilitärischen Bundesgrenzschutzeinheiten sind schon oft auf starke Kritik in der Öffentlichkeit gestoßen.

Bei der Aufstellung des Bundesgrenzschutzes im Jahre 1951 waren 44 hohe BGS-Offiziere frühere Offiziere der Waffen-SS und 15 Prozent aller BGS-Angehörigen ehemalige Soldaten aus Görings Fallschirmtruppe.

In den Stabsoffizierlehrgängen des Bundesgrenzschutzes wurden Terroraktionen der Nazis zum Vorbild für Bürgerkriegsübungen genommen. So diente die faschistische Niederschlagung des Warschauer Aufstandes von 1944 „als Modell für das Training des Bundesgrenzschutzes“. BGS-Oberst Pantenius, der als Kommandeur an der Niederwerfung des

Warschauer Aufstandes teilgenommen hatte, übermittelte dabei als Leiter die „Erfahrungen von Warschau“.

Ranger-Ausbildungs-Methoden

Skandalös sind auch die Ausbildungsmethoden des BGS, die vor einigen Jahren bekannt wurden.

So sind unter anderem Grenzschützer zu „Folterübungen“ mit US-Truppen abkommandiert worden. Bei den sogenannten „kontrollierten Härtemaßnahmen“, wie sie auch in Vietnam angewandt wurden, wurden sie als „Gefangene“ unter brutalen Mißhandlungen verhöhrt und in Folterkammern gesperrt.

Anschließend wurden die Beamten zur Geheimhaltung verpflichtet.

„Zur Ausbildung gehörten jahrelang Ohrfeigen, Schläge und unerträgliche Beschimpfungen.“ (FR, 1.3.73)

Die geschilderten Tatsachen sagen einiges aus über die Entstehung, die Ausbildung und die politische Orientierung dieser Truppe. Sie sagen noch nichts aus über die Aufgaben, die für den BGS — neben dem Grenzdienst — vorgesehen sind.

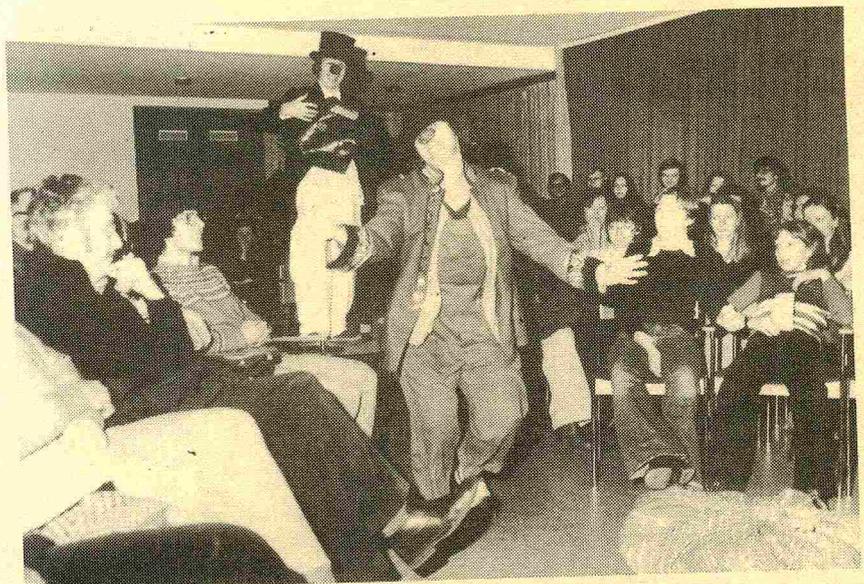
Der Einsatz gegen streikende Arbeiter wurde geprobt

Nach einem am 1.4.1973 in Kraft getretenen Gesetz ist der Bundesgrenzschutz gleichzeitig „Bundespolizei“. Der „Spiegel“ schrieb schon bei der Vorbereitung dieses Gesetzes am 20.9.71:

„Damit könnte Wirklichkeit werden, was vor Jahren ausgeschlossen schien: Konfrontation von Grenzschutzeinheiten und Bürgern, die ihre Grundrechte wahrnehmen. Oder anders: der in ‚Polizei des Bundes‘ umgetaufte BGS im Einsatz bei Arbeitskampf und Demonstration.“

Dies allerdings ist für informierte Bürger nichts neues. Denn immerhin versammelte sich bereits am 15. Oktober 1965 im Mörfelder Waldstadion eine halbe Grenzschutzkompanie unter Schildern mit den Aufschriften „Streik“ und „Legt die Arbeit nieder“. Diese „Demonstration“ wurde dann gemäß Übungsplan aufgelöst.

Wenige Zeit später übte man in Raunheim. Hier hatten Einheiten des BGS um den Drahtzaun der Caltex-Raffinerie einen zweiten Stacheldraht gelegt. ▶



Fast hundert Zuschauer beim Theaterabend der DKP-Mörfelden im Bürgerhaus. Beim jungen Theaterensemble, das hervorragend spielte, war auch Erich Schaffner aus Mörfelden.

Geboten wurde „Sascha setzt sich durch“, ein „Revolutionsspektakel“, das Spaß bereitete und viele zum Nachdenken brachte.

▼ um zwei im Übungsplan vorgesehenen „Saboteuren“ den Zutritt zu den Tanklagern zu verwehren. Sie taten es zunächst mit Kontrollen und Streifengängen und wollten dann die Übung mit Platzpatronen auf dem Werksgelände fortsetzen. Die Werksleitung und der Betriebsrat hielten jedoch einen derartig realistischen „Objektschutz“ nicht für notwendig. Der Betriebsrat bezeichnete die Ausgangssituation als „Larifari“.

Die bürgerkriegsähnliche Belagerung des Werksgeländes offenbare deutlich, gegen wen die Übungen gerichtet seien.

Auch der DGB-Landesbezirk Hessen, die IG Metall und die IG Chemie protestierten nachdrücklich gegen die Bürgerkriegsübungen und gegen die „Zerschlagung von Streikdemonstrationen“.

Ähnliche Aktionen wurden auch in anderen Bundesländern bekannt.

So übten in Lahr (Baden) der BGS mit der Bereitschaftspolizei gegen „streikende Arbeiter“. Der DGB im Kreis Offenburg hatte diese Übung „als eine Beleidigung der gesamten Arbeitnehmerschaft“ bezeichnet.

Wem dient diese Truppe?

Wenn man weiß, daß zum Pflichtfach der BGS-Ausbildung der Kampf gegen Bürger, die ihre Grundrechte wahrnehmen, gehört, muß man diese Frage stellen.

Wir meinen, Nutznießer dieser Übungen, die im Rahmen der Notstandsgesetz-

gebung vorexerziert wurden und werden, sind zweifellos die Unternehmer. Der ehemalige Innenminister Lücke hatte unumwunden die Stoßrichtung zugegeben als er erklärte, der Staat müsse für den Zeitpunkt gerüstet sein, da die „Sonne der Konjunktur“ nicht mehr scheine.

„Sicherungsaufgaben... bei Sonderfällen jeglicher Art!“

In der „Streng vertraulich“ bezeichneten Vorlage, mit dem Grenzschutz-Ansiedlungswunsch, wurde darauf hingewiesen, daß die für unser Gebiet vorgesehene Grenzschutzeinheit auch für „Sonderfälle jeglicher Art“ vorgesehen sei. Wenn man die seitherigen BGS-Praktiken kennt, und weiß, daß sich in unserem Raum die Industriearbeiterschaft massiert, dann kann man sich denken, daß dies bei den Ansiedlungsplänen eine Rolle gespielt hat. Vielleicht haben die „großen Planer“ auch einkalkuliert, daß man damit das politische Leben in dieser Stadt ein wenig nach rechts rücken kann. Auch dies würde mit Sicherheit erreicht.

Die DKP-Mörfelden fordert, daß die Bevölkerung unserer Stadt vollständig über die laufenden Verhandlungen informiert wird.

Wir erwarten, daß sich die Stadtverordneten der SPD und der CDU, im Interesse der Bevölkerung dieser Stadt, den Ansiedlungsplänen widersetzen.

Rudi Hechler

Entwurf

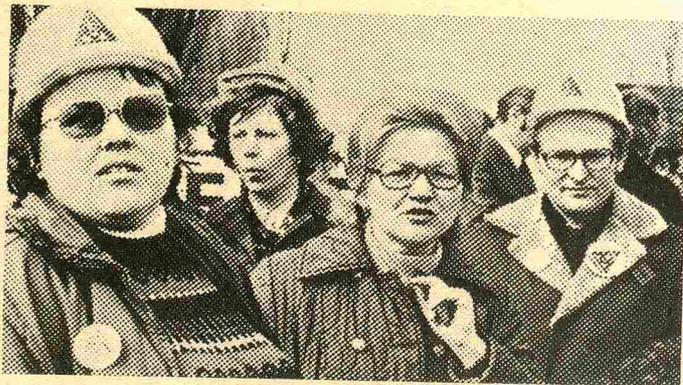
Programm der Deutschen Kommunistischen Partei

Beschlossen von der 7. Tagung des Parteivorstands der DKP am 19./20. November 1977 in Düsseldorf

Soeben erschien der Programm-Entwurf der Deutschen Kommunistischen Partei.

Informieren Sie sich über die Ziele der DKP!

Diskutieren Sie mit uns! Den Programm-Entwurf gibt es kostenlos bei den Stadtverordneten und allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden/Walldorf.



Lieder, Rezitationen, Chansons zum internationalen Frauentag

Am Mittwoch, 8. März 1978, 20 Uhr, gastiert auf Einladung der DKP ein kleines DDR-Ensemble im Bürgerhaus Mörfelden.

Dazu laden wir alle „blickpunkt“-Leser herzlich ein.

DKP-FRAUENARBEITSKREIS MÖRFELDEN

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion



- Mach mit bei den Jungen Pionieren**
 11.3. – 15.00 Uhr – Jugendzentrum
 Die Jungen Pioniere wollen Geld für eine Schule in Namibia sammeln. Wir unterhalten uns über dieses Land und basteln einige Dinge.
 11.2. – 15.00 Uhr – Jugendzentrum
 Wir besuchen das Vivarium (Zoo) in Darmstadt und sehen uns dort die vielen Tiere an.
 18.2. – 15.00 Uhr – Jugendzentrum
 „Wie leben Kinder in anderen Ländern?“
 Wir lesen aus dem Buch „Pablo“, das von einem Jungen handelt, der in den südamerikanischen Land Chile lebt.
 25.2. – 15.00 Uhr – Jugendzentrum
 Großer Malwettbewerb. Wir malen für die Kinder in Vietnam. Bringt bitte Stifte und Farben mit.



Mörfelden gestern

Am Dorfbrunnen im alten Mörfelden. – Es war wohl ein besonderer Anlaß, als das Bild geknipst wurde, man war in Feiertagskleidern und stellte sich so in Positur. Sicher wissen nur noch wenige, wer die Personen sind, die hier abgelichtet wurden, wenige wissen auch, wo die Dorfbrunnen im alten Mörfelden waren. Bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts gab es in Mörfelden keine Wasserleitung. Der Ort hatte zuletzt noch zehn öffentliche Brunnen. Einen an der „Sternwarte“, einen hinter der Hofreite Acker, einen in der Schulgasse, einen im Pfarrhof, einen in der Hofreite Scherer, einen in der Kirchgasse, einen in der Hofreite Huthmann, zwei in der Schafgasse und einen in der Frankfurter Straße.